(Morgen-Ausgabe.) Nr. 385.

Volkswirthschaftlicher Theil des Leipziger Tageblattes.

Sonnabend, 31. Juli 1897.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben C. G. Laue in Leipzig. — Sprechzeit: nur von 10—11 Uhr Vorm. und von 4—5 Uhr Nachm.

Englisch-deutscher Handelsvertrag.

*** Berlin, 30. Juli. Der Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Großbritannien vom 30. Mai 1865 ist heute von der englischen Regierung gekündigt worden. Er tritt nach Ablauf eines Jahres außer Kraft.**

Wir stehen vor einer Thatsache, und es ist nun an uns, dem veränderten Zustande gemäß unsere Maßregeln zu treffen. Wir haben vor einigen Tagen an dieser Stelle und auch im politischen Theil dieses Blattes die Möglichkeit einer Kündigung des Vertrages ins Auge gefaßt. Wir den Schaden bei der Aufhebung hat, ist vorläufig nicht zu sagen; da aber Großbritannien den Vertrag kündigt, so muß es aus den neuen Verhältnissen den Nutzen für sich herausrechnen. Vielleicht verrechnet es sich. Zwar weist unser Handel mit Großbritannien die größten Ziffern auf, allein unser Export nach England ist zum Theil, zum großen Theil ein Durchgangsexport; die großen englischen Commissionshäuser haben heute noch die Gepflogenheit, die Waaren, die für andere Länder bestimmt sind, im Transit nach England kommen zu lassen, und so läßt sich aus den statistischen Ziffern nicht genau ersehen, wie viel von den nach England exportirten Waaren zum Verbrauch im eigenen Lande bestimmt sind, wie viel wieder davon ausgehen.

Die Tendenz der neuen englischen Handelspolitik ist ein Zollverein aller englischen Colonien und des Mutterlandes. Wird dieser Zollverein wirklich gegründet, so ist uns der bisherige Transitverkehr nach England ein schlechter Trost, denn die Waaren, die von dort nach den Colonien gehen, finden dann auch ihr wirkliches Bestimmungsland später verschlossen. Somit müssen wir mit den ganzen Zahlen rechnen. Wir haben im Jahre 1896 nach England für 634,4 Millionen Mark ausgeführt und für 608,6 Millionen Mark eingeführt; es ist natürlich nicht zu behaupten, daß dieser Handel nun im nächsten Jahre ganz aufhören werde, denn selbst wenn England einen hohen autonomen Tarif aufstellt, werden immer noch deutsche Waaren dorthin geschickt werden. Ueber die Absichten Englands sind wir noch völlig im Dunkeln. Die Einführung der Bezeichnung „Made in Germany", die eifrigen Discussionen über die billige Arbeit in den deutschen Zuchthäusern, die Verhandlungen mit den Colonialministern zeigen uns aber den Weg. Zu diesen drei Puncten gesellt sich ein vierter, das ist die Macht der Gewerkvereine, die auf kürzere Arbeitszeit drängen, und als fünfter Punct die Nothwendigkeit, auch in England sociale Gesetze einzuführen, wie wir sie bereits nun seit Jahren haben. Die beiden letzten Puncte sind für die englische Industrie der deutschen gegenüber ausschlaggebend, denn sie müssen die englische Waare vertheuern und die Vertheuerung der Production bedingt einen Zollschutz. Wird aber die englische Waare theurer, so ist ihrer Concurrenz auf dem Weltmarkte mit noch größerer Leichtigkeit als bisher zu begegnen, und daher tritt an uns die Nothwendigkeit heran, noch mehr als bisher directen Export zu pflegen. Wir haben Capital genug in Deutschland, um Exportgeschäfte in großem Maßstabe zu fundiren; wir haben schon so gute Verbindungen im Auslande, daß genügend vorgearbeitet ist; die Schutzmarke „Made in Germany" hat unseren deutschen Artikel empfohlen, und so könnten wir daran gehen, den Verlust in England in anderen Ländern wett zu machen, wenn wir auch politisch unsern Handel unterstützen können. Diese Unterstützung des Handels ist aber eine große Flotte, und gerade die Parteien, die über die „uferlosen Pläne" geschwärzt haben, müssen in sich gehen und sich bekehren, denn ihre Wähler werden am eigenen Leibe spüren, wie sich der Mangel eines Prestiges, das durch eine Flotte aufrecht erhalten wird, rächt. Auch die Leute, die über unsere Colonien gespöttelt haben und anstatt Geld nur Wüstensande im Reichstage bewilligten, auch sie werden jetzt anders denken und einem Ausbau der Colonien das Wort reden, weil wir sie eben dringender als je bedürfen. Nicht nur als Absatzquellen, auch als Productionsquellen werden sie eine ganz andere Rolle als jetzt spielen. Angesichts dieser nothwendigen Aenderung in der Gesinnung könnte man sich fast über Englands Schritt freuen, denn er wird uns noch selbständiger im Welthandel machen, als bisher, und es kann leicht der Fall eintreten, daß der Nutzen, den sich England durch die Kündigung des Vertrags verspricht, zu unserem Nutzen ausschlägt. Die Politik und vor Allem die Wirthschaftspolitik muß von großen Gesichtspuncten ausgehen, kleine und kleinliche Mittel taugen nichts.

Aber nicht nur die deutsche Industrie im engeren Sinne wird von der Kündigung betroffen. In viel höherem Grade wird die Landwirthschaft berührt. Von den 634,4 Millionen Mark Ausfuhr nach England fallen auf den Zucker allein 138 Millionen Mark (Candis- und Brodzucker 76,8 Millionen, Rohzucker 61,2 Millionen), und wenn wir berücksichtigen, daß auch Amerika uns seinen Zuckermarkt verschließt, so liegt es auf der Hand, daß unsere Landwirthschaft nunmehr ganz andere Bahnen einschlagen muß. Wenn sie sich bei Betrachtung dieser Sachlage erinnert, daß sie, die Industrie und der Handel alle drei die Stützen der Volkswohlfahrt sind, daß nur im Zusammengehen dieser drei die wirthschaftliche Kraft unseres Volkes liegt, daß nur diese drei vereint und in Harmonie, nicht getrennt und sich befehdend, unser Volk auf seiner hohen Stufe erhalten und noch höher heben können, wenn endlich dieser Gedanke, diese Ueberzeugung durch das Einwirken des Auslandes überall wach wird, überall siegreich durchbricht und darnach gehandelt wird, dann wird die neueste Zollpolitik Englands und Amerikas uns nur zum Segen gereichen können. Wir sehen mit festem Vertrauen der Zukunft entgegen. ⚓

Landwirthschaftliche Zwangsversteigerungen.

ad. Die häufig aufgestellte Behauptung von dem völligen Bankerott des gesammten deutschen Grundbesitzes findet in den landwirthschaftlichen Zwangsversteigerungen durchaus keine Bestätigung. Es soll nicht geleugnet werden, daß das Capital häufig nicht zurückgezogen wird, um keine zu großen Einbußen zu leiden, daß manche Gutsbesitzer faktisch bankerott sind, ohne daß das Gut deshalb zur Zwangsversteigerung kommt; aber die thatsächlichen Zwangsversteigerungen blieben auch unter Einräumung dieses Umstandes weit hinter den von agrarischer Seite geschilderten Verhältnissen zurück. Von allen Besitzungen von mehr als 2 ha kamen in Preußen zur Zwangsversteigerung: 1886/87 2309, 1887/88 1691, 1888/89 1824, 1889/90 1504, 1890/91 1359, 1891/92 1197, 1892/93 1865, 1893/94 1623, 1894/95 1290.

Von je 1000 vorhandenen Betrieben wurden im Durchschnitt der Jahre 1890/94 1,6 Betriebe zwangsweise versteigert; es würde also vieler Hundert Jahre bedürfen, wenn bei einem derartigen Satze alle Güter unter den Hammer kommen sollten. Die einzelnen Betriebe waren an den Zwangsversteigerungen wie folgt betheiligt: Betriebe von 2—5 ha 1,4 ‰, 5—20 ha 1,5 ‰, 20—50 ha 1,6 ‰, 50—100 ha 2,9 ‰, 100—200 ha 6,4 ‰, 200 ha und darüber 7,4 ‰.

Es zeigt sich wiederum aufs Deutlichste die Ueberlegenheit der kleinen Betriebe in der Landwirthschaft; von einer hohen Zahl von Zwangsversteigerungen in denselben ist gar keine Rede. Die Betriebe von 2—5 ha leisten einen vier Mal so starken Widerstand als solche von 100—200 ha, von den größeren ganz zu schweigen; für diese ist in der That die Zahl 7,4 viel zu niedrig, wenn man bedenkt, daß für eine große Zahl der Latifundien die Zwangsversteigerung überhaupt ausgeschlossen ist; von dem Rest wird also ein wirklich relativ hoher Procentsatz der Subhastation verfallen. Mehr als 6 Proc. der Gesammtfläche sind in den ostelbischen Provinzen fideicommissarisch gebunden und scheiden damit aus der Reihe der großen Güter, welche von einer Zwangsversteigerung betroffen werden können, aus.

Schließlich ist auch der Satz von 7,4 ‰ noch keineswegs sonderlich hoch zu nennen, wenn man sich nur die Zahl der Besitzveränderungen im freien Verkehr vergegenwärtigt. Bekannt ist die Berechnung von Rodbertus, wonach in einem Menschenalter, 1835—64, auf je 100 Rittergüter in Schlesien 229 Besitzveränderungen erfolgten, in Posen 222, in Pommern 204, in der Neu- und Kurmark 202 bezw. 151. Die durchschnittliche Besitzdauer betrug also nur 14—15 Jahre, d. h. jährlich wechselten ungefähr 7 Proc. der Güter ihren Besitzer. Von den Besitzveränderungen erfolgten auf den von Rodbertus gezählten 4471 Rittergütern 61 Proc. durch freiwilligen Verkauf, 33 Proc. durch Vererbung, 6 Proc. durch Subhastation. Die Zahl der Subhastationen großer Güter war also auch damals nicht viel geringer, während für die kleinen Besitzungen die Zahl der Zwangsversteigerungen auch jetzt nur sehr gering genannt werden kann. Auch hierin spricht sich, wie gesagt, wieder die große Ueberlegenheit der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben in der Landwirthschaft und der Lebensfähigkeit der Bauerngüter auch in landwirthschaftlich besonders ungünstigen Zeiten deutlich genug aus.

Vermischtes.

Leipzig, 30. Juli.

Σ **Dresden**, 30. Juli. Die Königlich Sächsische Porzellanmanufactur in Meißen hat sowohl im vergangenen Jahre als auch in diesem unter den eigenthümlichen, in Nordamerika herrschenden Verhältnissen zu leiden gehabt. Ein Hauptabsatzgebiet für die besseren Producte der Manufactur bildeten die Vereinigten Staaten; nur geringwerthigere Producte konnten seit einem Jahre nach dort abgesetzt werden. Auch Italien ist in seinen Ankäufen durch den dort herrschenden Geldmangel zurückhaltender geworden. Dadurch, daß die Manufactur gezwungen ist, bei größeren Ausstellungen mit auf dem Platze erscheinen zu müssen, wurden die Geschäftsunkosten wesentlich gehoben, ohne daß entsprechende Erfolge dieselben wieder ausgeglichen hätten. Die Beziehungen zu den Absatzgebieten in England, Frankreich, Oesterreich und Rußland haben sich nicht geändert.

Σ **Dresden**, 30. Juli. Die sächsische Glasindustrie ist hauptsächlich in und bei Dresden concentrirt. In Tafelglas sind besonders Pirna und Radeberg hervorragend. Durch die überall herrschende rege Bauthätigkeit wird der Absatz der Producte wesentlich beeinflußt. An beiden Stellen ist man mit Preisaufschlägen der Fabrikate vorgegangen, und diese haben sich auch bis jetzt halten lassen. Nur befürchtet man einen plötzlichen Rückgang, wenn eine unglückliche Bauconjunctur eintreten sollte. Auch droht neuerdings englische und rheinische Concurrenz sich des mühsam errungenen Absatzgebietes zu bemächtigen. — Die in Radeberg gelegenen Hohl- und Preßglashütten verzeichnen, nachdem verschiedene Verbesserungen in den Anlagen eingetreten sind, eine bedeutend höhere Production bei gleich großem Brennmaterialverbrauch. In der Abtheilung für Tafelglas erzielt man durch den Anschluß an die Convention der sächsischen Tafelglashütten Preiserhöhungen bis zu 15 Proc. Auch die Dresdener Glasbeleuchtungsartikel, namentlich Cylinder, haben aufwärtsrückende Preise zu verzeichnen. In dem Absatz für Preßglas ist auch ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen.

*— Ueber die Berliner Brauereien läßt sich der Jahresbericht der Kaufmannschaft wie folgt aus: Das finanzielle Ergebniß, welches die Brauereien erzielt haben, hat im Jahre 1895/96 eine der befriedigenden Gestaltung des Rohmaterialienmarktes entsprechende Verbesserung erfahren. Soweit die Zahlen bekannt geworden sind, haben wohl alle Brauereien, untergährige wie obergährige, ihren Absatz gegen das Vorjahr erhöht, obgleich die ungünstige Witterung der Sommermonate den Bierconsum beeinträchtigte und auch die Berliner Gewerbe-Ausstellung sowohl für die direct an derselben betheiligten Brauereien als auch für den Bierabsatz im Allgemeinen die gehegten Hoffnungen nicht voll erfüllt hat. Mit 478 476 hl erreichte eine Lagerbierbrauerei (Schultheiß), allerdings in zwei getrennten Betrieben, die höchste Absatzziffer innerhalb Berlins und zugleich der gesammten Brauereigemeinschaft. Die Einfuhr nach Berlin hat 375 000 hl betragen; von Süddeutschland wurden 220 540 hl gegen vorjährige 191 333 hl eingeführt. Die Ausfuhr ist von vorjährigen 490 310 hl auf diesjährige 477 212 hl, d. h. um 13 098 hl, zurückgegangen. Die Ursache des übrigens nicht erheblichen Rückganges dürfte wohl darin zu finden sein, daß die Berliner Brauereien wegen starker Inanspruchnahme innerhalb des Stadtkreises das Exportgeschäft weniger gepflegt haben. Nimmt man, ohne Berücksichtigung der aus dem Vorjahre übernommenen Bestände, die Berliner Production (3 613 521 hl), abzüglich der Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr also 3 511 309 hl, als die von der Berliner Bevölkerung in 1896 consumirte Biermenge an, so ergiebt sich bei einer mittleren Einwohnerzahl von 1 677 135 ein Consum von 209 l auf den Kopf der Bevölkerung. Die erhebliche Steigerung gegen das Vorjahr, in welchem die durchschnittliche Consumtionsziffer nur 185 l betragen hatte, dürfte ebensowohl auf den Fremdenzufluß durch die Gewerbe-Ausstellung, wie auch darauf zurückzuführen sein, daß die allgemeinen Erwerbsverhältnisse bessere gewesen sind.

*— Bergwerks-Actien-Gesellschaft Bilsenbach in Düsseldorf. Die Betriebsüberschüsse für den Monat Juni d. J. betragen nach Abzug sämmtlicher Unkosten und Ausgaben für Neuanlagen rund 100 000 ℳ gegen 89 000 ℳ im Vorjahre, seit dem 1. Januar also rund 681 000 ℳ gegen 498 000 ℳ im gleichen Zeitraume des Vorjahres.

*— Bergischer Gruben- und Hütten-Verein, Hochdahl. Der Rechnungsabschluß für das Betriebsjahr 1896/97 ergiebt einen Rohgewinn von 226 000 ℳ gegen 172 281 ℳ im Vorjahre. Bei ausreichenden Abschreibungen kann eine Dividende von 12 Proc. (8 Proc.) vertheilt werden und wird noch ein Vortrag von circa 18 000 ℳ auf neue Rechnung verbleiben. Die Production des ersten Halbjahres 1897/98 ist zu guten Preisen verschlossen.

*— Gewerkschaft General Blumenthal. Der Grubenvorstand theilt mit, daß in der Nacht zum 28. d. Mts. der Durchschlag zwischen den Schächten I und II und dem neuen Schachte III glücklich erfolgt ist. Der bei 517 m Teufe hergestellte unterirdische Verbindungsweg hat eine Länge von 3000 m.

*— Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein. Der von uns bereits mitgetheilte Abschluß für das Geschäftsjahr 1896/97 giebt ein erfreuliches Bild von der glänzenden Entwickelung, welches dieses Unternehmen im letztverflossenen Betriebsjahre genommen hat und welche in der bedeutenden Steigerung der letztjährigen Dividende um 3 Proc. zum Ausdruck gelangt. Die Abschreibungen von 2 058 734 ℳ gegen 1 056 312 ℳ im Vorjahre sind sehr hoch gegriffen und liefern den Beweis von der großen Solidität, mit welcher der diesmalige Abschluß aufgestellt ist. Nachdem erst vor vier Jahren eine Reconstruction des Unternehmens erfolgte, waren Abschreibungen in der Höhe von 2 058 734 ℳ zweifellos nicht unbedingt erforderlich, und die Dividende hätte, wenn es die Verwaltung gewollt hätte, wohl noch etwas höher bemessen werden können. Zur Auszahlung der Dividende von 8 Proc. sind 2 000 000 Mark nothwendig, während die Abschreibungen noch um 58 734 ℳ über diesen Betrag hinausgehen. — In Rücksicht hierauf befindet in den Kreisen der Actionaire die Absicht, in der auf den 27. September c. anberaumten ordentlichen General-Versammlung die Vertheilung einer Dividende von 9 Proc. (statt der vom Aufsichtsrathe vorgeschlagenen 8 Proc.) für die Prioritäts-Actien Lit. A zu beantragen. Der Antrag soll damit motivirt werden, daß die seitens der Verwaltungsorgane in Aussicht genommenen Abschreibungen von 2 058 734 ℳ angesichts der sehr befriedigenden Lage der rheinisch-westfälischen Industrie und im Hinblick auf die erst vor vier Jahren erfolgte durchgreifende Reconstruction des Unternehmens erheblich zu hoch sind und daß, ohne die Grenzen der Solidität zu überschreiten, eine Dividende von 9 Proc. auf die Prioritäts-Actien Lit. A vertheilt werden könnte.

*— Wicking'sche Portland-Cement- und Wasserkalkwerke, Recklinghausen. Nach dem Geschäftsbericht für 1896 stieg der Versand an Wasserkalk von 10 942 auf 12 451 Wagen und derjenige an Cement von 152 179 auf 185 784 Normalfaß. Nach Abschreibungen von 192 522 ℳ verbleibt ein Reingewinn von 167 897 ℳ, der die Vertheilung von 8 Proc. Dividende gestattet. Der Verband Nordwestdeutscher Cementfabriken hat sich bewährt und namentlich auf die Stetigkeit der Preise günstig gewirkt. Trotz der außerordentlich starken Nachfrage sind die Verbandspreise pro 1897 nur um 15 ₰ pro Faß erhöht, um den Fabriken einen Ausgleich für die gestiegenen Kohlenpreise und Arbeitslöhne zu geben. Die Gesellschaft beabsichtigt, auch mit dem neuen Werke dem Verbande beizutreten, vorausgesetzt, daß ein gleichfalls im Bau begriffenes Concurrenzwerk sich dem Verbande anschließt.

ζ Die Weigerung der Freien Vereinigung der Getreidehändler in Gleiwitz, den Productenmarkt zu besuchen, während sie früher ihre Geneigtheit zur Verständigung erklärt hatten, beruht darauf, daß die mit ihnen vereinbarten Satzungen bezüglich der Wahlen eine von ihnen nicht zu billigende Aenderung erfahren haben. Auf einer Conferenz Mitte September soll versucht werden, eine annehmbare Lösung herbeizuführen.

ζ Aus Sosnowice wird berichtigend gemeldet, daß die elektrische Straßenbahn von Sosnowice nach Bendzin und Dombrowa von Schuckert & Co. nur gebaut und eingerichtet wird. Unternehmer aber sind ausschließlich russisch-polnische Großindustrielle.

⊙ **Aus Bayern**, 29. Juli. Durch die Zollmaßregeln der Vereinigten Staaten werden namentlich die Spiegel- und Spiegelglasfabriken Bayerns, die eine bedeutende Ausfuhr dorthin haben, arg benachtheiligt. In den nächsten Wochen, wo die daselbst vorhandenen Vorräthe verkauft werden können, wird eine Ausfuhr wohl schwerlich möglich sein. — Welch großes Gewicht namentlich in Unterfranken auf eine Verbreiterung und Vertiefung des Donau-Maincanals gelegt wird, geht daraus hervor, daß allein in Würzburg über 12 000 ℳ freiwillige Beiträge für diesen Zweck gezeichnet wurden. — Die Holzflößerei auf dem Main ist jetzt äußerst lebhaft. Bei den letzten Holzversteigerungen haben sich die Preise durchschnittlich um 12—15 Proc. erhöht.

X **Von der böhmischen Grenze**, 29. Juli. Die Streitigkeiten zwischen Tschechen und Deutschen in Böhmen, die fast allenthalben einen sehr erregten Charakter angenommen haben, spielen auch in das geschäftliche Leben herein. Vor allen Dingen wird das Bürgerliche Brauhaus in Pilsen, das leider ganz in den Händen der tschechischen Brauantheilbesitzer daselbst ist, lebhaft angegriffen, denn in vielen rein deutschen Wirthschaften werden die Wirthe von ihren deutschen Gästen veranlaßt, statt des Tschechenbieres ein anderes ähnliches Bier zu verzapfen. Bis jetzt soll der Absatz des Bieres aus der genannten Brauerei noch der gleiche sein wie früher; aber man sagt allgemein voraus, daß es nicht so bleiben würde. Die Pilsener Actienbrauerei und auch die neugegründete Brauerei daselbst sind allerdings vorwiegend von Deutschen gegründet und verwaltet.

* **Mailand**, 28. Juli. Barletta-Loose. Der heutige „Soleil" schreibt: Mehrfach haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die Gemeindeverwaltung von Barletta ihren Verpflichtungen betreffs des Prämienanlehens aus dem Jahre 1870 bereits seit dem 20. Mai 1895 nicht mehr nachkommt. Nach einem Abkommen, welches der inzwischen eingesetzte königliche Commissar Lavezzari mit dem Bankhause Fenelli in Neapel getroffen und das am 22. December vor. Js. auch von der vorgesetzten Behörde genehmigt wurde, sollten die Verloosungen am 20. Mai 1897 wieder aufgenommen werden. Aber nach Ablauf der Vollmachten des Genannten hat der neugewählte Gemeinderath noch immer nicht jenen Vertrag bestätigt, ja weigert sich fortgesetzt, dies zu thun. Wenn unsere Informationen richtig sind, ist das Municipium dieser Stadt bei der Cassa dei Prestiti noch mit 600 000 Lire im Rückstande, da es schon seit genannter Zeit die halbjährigen Tilgungsquoten an dieselbe nicht mehr abgeführt hat. Außerdem schuldet es der erwähnten Cassa noch 80 000 Lire, welche aus dem Fonds für den Dienst der Prämienanleihe entnommen wurden, um den Fehlbetrag im laufenden Stadthaushalt zu decken. Andererseits wird bestätigt, daß die Stadtverwaltung etwa eine halbe Million ziemlich in ihren Cassen liegen habe, die im Interesse der Gläubiger längst hätte nutzbringend angelegt sein müssen. Alles dies schädigt natürlich die Anleihevorhältnisse ungemein, und wenn die Regierung nicht bald ein Einsehen hat, und sich entschließt, energisch einzuschreiten, dürften den unglücklichen Loosbesitzern noch traurige Tage bevorstehen.

*— Frankreichs Handelsbilanz für das Jahr 1896. Die französische Generalzolldirection hat die Handelsbilanz für 1896 abgeschlossen und ihre Ergebnisse in einem 800 Seiten starken Octavbande veröffentlicht. Darnach beträgt der ganze Umsatz des letzten Jahres 9622 Mill. Frcs., 12 Mill. mehr als im Jahre 1895 und 90 Mill. weniger als der Durchschnitt der fünfjährigen Periode von 1891—1895. Die Einfuhr nach Frankreich erreichte einen Werth von 4922 Mill., 9 Mill. mehr als im Vorjahre und 219 Mill. weniger als im fünfjährigen Durchschnitt. Die Ausfuhr betrug 4594 Millionen, 5 Millionen mehr als im Vorjahre und 130 Millionen mehr als im fünfjährigen Durchschnitt. Die Vermehrung der Einfuhr war sehr stark für die Lebensmittel, denn sie betrug 63 Millionen, aber die Vermehrung der Einfuhr in allen anderen Artikeln hebt den Unterschied fast vollständig auf. Immerhin dürfen die Schutzzöllner auf einen Erfolg hinweisen, da die Ausfuhr Frankreichs trotz ihrer Politik keine Einbuße erlitten hat. Merkwürdig gering ist die Betheiligung der französischen Schiffahrt an dem überseeischen Handel Frankreichs; denn von 6618 Millionen sind nur 3210 Millionen an Waaren unter französischer Flagge geführt worden. Die Beziehungen zu den einzelnen Ländern weisen große Verschiedenheiten auf. Die Länder, welche mehr in Frankreich kaufen als verkaufen, sind England, Deutschland, Belgien, die Niederlande, Vereinigte Staaten, Egypten, Mexiko und Portugal. Der stärkste Käufer ist England, welches im Jahre 1896 für 1301 Millionen Waare kaufte und nur 675 Millionen an Frankreich verkaufte. Deutschland kaufte für 401 und verkaufte für 382 Millionen. Belgien kaufte für 576 und verkaufte für 348 Millionen. Die Schweiz kaufte für 325 und verkaufte für 330 Millionen. Sehr nahe berühren sich auch die Ziffern der Vereinigten Staaten, welche für 338 Millionen kauften und für 330 verkauften. Der größte Unterschied zwischen Ankauf und Verkauf ist bei den russischen Bundesgenossen zu finden. Die Franzosen zahlten den Russen 253 Millionen, wovon 98 auf Getreide fielen, während die Russen blos für 35 Millionen Ankäufe in Frankreich machten. Die Pariser Börse constatirt denn auch mit Schmerzen, daß die Russen trotz aller Freundschaft die Producte der deutschen Industrie denen der französischen vorzuziehen fortfahren. Die Ausfuhr Frankreichs nach England ist besonders stark für Gewebe; sie beträgt 320 Millionen, während englische Gewebe nur im Betrage von 92 Millionen in Frankreich abgesetzt werden. England verbrauchte ferner für 78 Millionen französische Weine, für 58 Butter, für 25 Eier, für 27 Spirituosen, für 17 Früchte, für 15 Millionen Milch und sogar für 1½ Millionen französischen Thee. Von Deutschland bezieht Frankreich Schmucksachen im Betrage von 46, Kohlen für 27 und sogar die als Article de Paris bezeichneten kleinen Gegenstände für 6 Millionen. Zu letzteren Puncte ist der Austausch vollkommen; denn Frankreich exportirt nach Deutschland ebenfalls für 6 Millionen Bimbeloterie, wie der technische Ausdruck für den Article de Paris lautet. Frankreich kauft in der Schweiz für 37 Millionen Uhren, für 15 Käse, für 15 Milch und für 195 Millionen Gewebe, namentlich Passementerie und Bänder. Die Schweiz kauft in Frankreich dagegen für 62 Millionen Rohseide, für 28 Getreide, für 25 Wein und für 14 Millionen Kaffee.

*— Der künftige norwegische Zolltarif. Im Storthing liegt nunmehr im Druck der Entwurf des neuen Zolltarifs vor, der vom Zollausschuß auf Grundlage der von der Regierung und der im vorigen Jahre eingesetzten Zolltarifcommission im Storthing eingereichten Vorschläge ausgearbeitet worden ist. Der Entwurf des Ausschusses geht, nach einer Information der „Köln. Ztg.", zwar nicht ganz so weit wie der Vorschlag der Zolltarifcommission, immerhin bringt er theilweise so erhebliche Zollerhöhungen, daß er, wenn er durchgeht, für viele ausländische Betriebe recht fühlbar werden wird. Beispielsweise enthält er für Flügel und Pianos eine Zollerhöhung von 40 und 20 Kronen für das Stück. In der Frage des Differentialzollsystems ist der Ausschuß mit der Tarifcommission darin einig, daß maximale und minimale Zollsätze aufgestellt werden, damit jeder Staat, der mit Norwegen unterhandelt, seinen Ausgangspunct vom Maximaltarif nehmen muß, der selbstverständlich in Kraft gesetzt werden würde, wenn die Verhandlungen scheiterten und das betreffende Land Norwegen ungünstiger als andere Länder behandelte. Indessen kann der Ausschuß nicht rathen, das System in der von der Zolltarifcommission vorgeschlagenen Art einzuführen. Letzterer zufolge sollen nämlich die Maximalsätze sofort in Kraft treten bei Waaren, die in Dänemark, Preußen oder Rußland producirt sind und die direct vom Productionslande nach norwegischen Häfen in Fahrzeugen eingeführt werden, die nicht die norwegische; schwedische Flagge oder die Flagge des betreffenden Landes führen; ferner bei Waaren, die in Ländern producirt sind, zu denen Nor. wegen nicht im Tractatsverhältnisse steht, nämlich Serbien Rumänien und das deutsche Reich mit Ausnahme von Preußen, Bremen, Hamburg, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin sowie einigen Staaten in Südamerika, Afrika und Asien, endlich bei Waaren, die in Schweden producirt und nach dem 12. Juli 1897 land- und seewärts nach Norwegen eingeführt werden. Eine derartige Maßregel würde, wie der Zollausschuß meint, Norwegen der Möglichkeit aussetzen, daß das betreffende Land, um Repressalien zu üben, zu Bestimmungen greift, die für Norwegens Handel und Schiffahrt von besonders schädlichem Einfluß sein können. Deshalb schlägt der Ausschuß vor, die Maximalsätze nur solchen Ländern gegenüber zur Anwendung zu bringen, die norwegische Waaren mit höherem Zoll als die Producte anderer Länder belegen, sofern es nicht etwa rathsam sein sollte, den Maximaltarif anzuwenden, um dadurch mäßigere Zollsätze zu erhalten. Der Zollausschuß ist somit der Meinung, daß ein besonderer Beschluß des Storthings nöthig sei, ob die Maximalsätze gegen ein bestimmtes Land zur Anwendung kommen sollen, so lange dieses Norwegen ebenso wie andere Länder behandelt. Nur für den Fall, daß Norwegen von einem Land ungünstiger behandelt wird, schlägt der Ausschuß vor, den König zu ermächtigen, daß diesem Lande gegenüber von den Maximalsätzen Gebrauch gemacht werde. Auf Grund dieser Sachlage findet der Ausschuß es angezeigt, den Maximaltarif nicht durchzugehen, da er davon ausgeht, daß die hohen Sätze nicht angewendet werden können, bevor nicht das Storthing sich wiederum mit der Sache befaßt. Er giebt daher anheim, daß die Regierung die Frage behandelt und dem nächsten Storthing Vorschläge über etwaige Veränderungen der vorgeschlagenen Maximalsätze macht. Was die übrigen Zollsätze betrifft, so wird für Schiffe, entgegen den Vorschlägen der Zolltarifcommission, Zollfreiheit beantragt, ebenso für Maschinen und Geräthe. Die Landwirthschaftszölle werden aller Voraussicht nach einen besonders harten Kampf im Storthing verursachen, da die Vorschläge der Regierung und des Ausschusses lange nicht den Wünschen der Landwirthe entsprechen. Am weitesten kommt der neue Zollvorschlag dem einheimischen Handwerk entgegen.

*— Tabak-Monopol in Argentinien. Wie aus Buenos Aires vom 28. d. Mts. gemeldet wird, brachte der Deputirte Demaris in der Kammer einen Antrag auf Einführung des Tabak-Monopols ein. Nach den Berechnungen des Antragstellers würde das Monopol einen jährlichen Ertrag von 12 Millionen Dollars ergeben.

ζ Preise des Dynamits für die Transvaal-Goldminen-Industrie. Ueber nichts klagt die Goldminen-Industrie Transvaals mehr als über die exorbitanten Preise des für sie unentbehrlichen Sprengmittels, nämlich des Dynamits. Die von der Regierung eingesetzte Commission, welche sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, auf welche Weise der Minen-Industrie eine Erleichterung zu Theil werden könne, ist nach langen Verhandlungen zu dem Ausspruche gelangt, daß die Tarife der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahn herabgesetzt werden müßten, andererseits kam sie aber zu der Ueberzeugung, daß das Dynamit-Monopol aufrecht zu erhalten sei, wenngleich es sich empfehlen werde, den Preis für das Sprengmittel auf 55 s herabzusetzen. Angesichts dieser Sachlage fragt es sich, ob die an dem Monopol betheiligten Interessenten bei einem Verkaufspreise von 55 s per Kiste noch zu prosperiren vermögen, und es ist überaus interessant, kennen zu lernen, welch enormen Gewinn selbst dieser reducirte Preis der Dynamit-Monopol-Gesellschaft noch übrig läßt. In dem mit den Monopol-Inhabern ursprünglich abgeschlossenen Contracte war bestimmt worden, daß die Gesellschaft Dynamitfabriken im Lande selbst zu errichten habe und daß die erste dieser Fabriken 2½ Jahre nach dem 24. Mai 1894, also am 24. November 1896, betriebsfähig sein solle. Trotz der aus den politischen Störungen, sowie aus den Folgen der Rinderpest sich ergebenden Schwierigkeiten war denn auch die erste dieser Fabriken, nämlich diejenige zu Modderfontein, und zwar noch vor der contractlichen Zeit, fertiggestellt worden, was seitens der Regierung auch gebührend anerkannt wurde. Auf der Fabrik zu Modderfontein wurden Schwefelsäure und Nitrate, an vier anderen Stellen aber das fertige Dynamit hergestellt, indem die Productionsfähigkeit der gesammten Anlage sich auf etwa 5000 Kisten per Monat oder 240 000 Kisten im Jahre bezifferte. Diese Productionsfähigkeit überstieg die contractlich bedungene bei Weitem, da nach letzterer in dem Jahre, welches auf die ersten 30 Monate der Betriebsfähigkeit folgte, 80 000 Kisten producirt werden sollten, welche Production nach Ablauf der ersten fünf Betriebsjahre auf 200 000 Kisten zu steigern war. Da aber mit der Anfertigung von Explosivstoffen große Lebensgefahr verbunden war, und da es längerer Zeit bedurfte, eine geschulte Arbeiterschaft zu gewinnen, so sprach die Leitung der Fabrik der Landesregierung die Bitte aus, die Production im ersten Betriebsjahre überhaupt auf 80 000 Kisten beschränken zu dürfen und diese Productionsfähigkeit erst allmählich, nachdem die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln für das Leben der Arbeiter sich hätten treffen lassen, steigern zu müssen. Es kam in Folge dessen zu einem Uebereinkommen, welchem zufolge die Staatsregierung alle diejenigen Quantitäten Dynamit käuflich anschaffen sollte, welche die Industrie über die im Lande selbst erzeugten 80 000 Kisten hinaus bedurfte, zu welchem Zwecke der Volksrand im Februar laufenden Jahres einen Credit von 500 000 £ bewilligte. Der über diese Vereinbarung erstattete Bericht der Untersuchungscommission beging nun aber den Irrthum, zu constatiren, daß die Bauzeit der Monopolfabriken am 24. April 1896 abgelaufen sei und daß letztere ihrer eigenen Erklärung nach nicht mehr als 80 000 Kisten Dynamit pro Jahr zu liefern vermöchten. Sie fügte hinzu, es bestehe allerdings nicht der Wunsch, das ganze Uebereinkommen für null und nichtig zu erklären, aber man glaube doch, da die Regierung das von der Monopol-Gesellschaft nicht zu liefernde Dynamit selbst ankaufen müsse, feststellen zu sollen, zu welchem Preise Dynamit im Auslande sich würde ankaufen lassen. Auf diese Frage lieferte die letzte Abrechnung der Transvaal Dynamite Company die beste Auskunft. Nach dem Gewinn- und Verlust-Conto dieser Gesellschaft für 1896 erbrachte der Dynamitverkauf einen Gewinn von 307 852 £, was auf etwa 35 s per Kiste ankommt, was nach Abzug der aufzuwendenden Spesen einen Kostpreis von 14 s 6 d per Kiste der abgesetzten 176 905 Kisten ergiebt. Sollte demnach nach den Vorschlägen des Untersuchungsausschusses der Verkaufspreis für Dynamit auf 55 s per Kiste ermäßigt werden, so würde sich immer noch ein Gewinn von 40 s 6 d oder von 280 Proc. per Kiste ergeben, nachdem die Regierung den ihr contractlich zugesicherten Gewinn mit 49 046 £ eingeheimst hat. Wenn angesichts dieser Sachlage die Minenindustrie über zu hohe Dynamitpreise sich beklagt, so hat sie vollständig Recht.

Telegramme.

* **Bochum**, 30. Juli. Der Verwaltungsrath des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation hat beschlossen, der General-Versammlung bei ungeändert 1 900 000 ℳ Abschreibungen und neben erheblichen Zuwendungen an den Arbeiterfonds und an die Beamten-Pensionskasse die Vertheilung einer Dividende von 12½ Proc. vorzuschlagen.

* **London**, 30. Juli. Das Unterhaus nahm mit 120 gegen 54 Stimmen die dritte Lesung der Bill an, durch welche die Einfuhr von Waaren verboten wird, die in Gefängnissen angefertigt worden sind.

* **Washington**, 30. Juli. Zu Consuln der Vereinigten Staaten für nachstehende deutsche Plätze sind ernannt: Hugh Pitcairn für Hamburg, Wilbur Glaß für Kehl, Gustav Weber für Nürnberg und Benjamin Rusbaum für München.

Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen.

* **Goch**, 30. Juli. Die zweite Post aus London über Vlissingen vom 29.